

9. Mai 91

Aus Haßgau, Maintal und Steigerwald

Chance für einen echten Neubeginn

SPD/Sander Bürgerliste diskutierte Regionalplan - Gegen Flugplatz

Sand Durch die deutsche Vereinigung, die neue Rahmenbedingungen setzt, ist eine Änderung des Regionalplanes notwendig geworden. Da die Gemeinde Sand Verbandsmitglied ist, ist sie aufgefordert, eine Stellungnahme zu den Vorschlägen des Planungsbeirates abzugeben. Deshalb befaßte sich die Gemeinderatsfraktion SPD/Sander Bürgerliste in einer Sitzung mit dem Regionalplan.

Fraktionssprecher Willi Schütz begrüßte, daß dieses Thema erstmals auf die Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung geschrieben wurde, da nach seiner Meinung im Regionalplan der staatliche Rahmen für die Entwicklung auch der Gemeinde Sand gesetzt wird.

Eine richtige Feststellung des Planungsbeirates sei, daß auch nach der Öffnung der Zonengrenze die Strukturschwäche des Landkreises bleibe, daß ein Großteil des Landkreises auch der regionalen Wirtschaftsförderung herausgenommen würde und daß die Staatsregierung so bekannte Orte wie Oberammergau in der Förderung belasse. Die Forderung sei: gleichwertige Ersatzmaßnahmen für das hiesige Gebiet durch die Staatsregierung

Unter den Maßnahmen, die im Regionalplan vorgeschlagen werden, befinden sich in erster Linie Straßenbauprojekte. Hier wurde nach Ansicht von Schütz eine einseitige Gewichtung zugunsten der öffentlichen Verkehrsmittel vorgenommen. Anstelle

von nur Straßenneubauten wären auch neue Schienen- und Bahnverbindungen notwendig. Um zu verhindern, daß die Region zu einem Transitland wird, hält die SPD Planungen für eine Ost- und West-Bahnverbindung für dringend erforderlich. Die Bahnverbindung Bamberg-Fulda sollte für verbindlich erklärt werden. Ebenso sei die Forderung, daß die Stromversorgung durch westdeutsche Konzerne gesichert werden solle, unangebracht. Vielmehr müsse man „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten. Ostdeutschland habe die Chance zum Neuanfang bei der Stromversorgung. Die vielen Sammelheizungen und Fernwärmenetze könnten eine dezentrale Stromversorgung auf der Basis der Kraftwärmekopplung begründen. Insbesondere sollte Hilfe beim Aufbau von kommunalen Stadtwerken geleistet werden.

Für die Gemeinden in der Entwicklungssachse Maintal sei es wichtig, ihre Bauleitplanung aufgrund der verbesserten Rahmenbedingung für Gewerbeansiedlungen zu überprüfen und fortzuschreiben. Neue Campingplätze sollen nach dem Plan nicht mehr ausgewiesen werden; vordringlich hält man hingegen die Schaffung von Badeseen im Maintal.

Das Ergebnis einer anschließenden Diskussion um die Übernahme des Haßfurter Verkehrslandeplatzes in kommunale Trägerschaft war eine einhellige Ablehnung. Der Luftver-

kehr sei nicht das vordringlichste Problem im Landkreis. Im übrigen habe der Gemeinderat von Sand in einem früheren Beschluß (einstimmig) allen Ausbaumaßnahmen eine Absage erteilt. Das Geld werde dringlicher für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs benötigt.